

Richtlinie für die Zuweisung für Hausrenovierungen, Sanierungen, Neubauten im Sanierungsgebiet, Gestaltung von Werbeanlagen und sonstige Objekte

A) Hausrenovierungen

Obergrenze je Objekt = 25.600 EUR

Fachliche Beurteilung der Förderungsfähigkeit durch die Bauverwaltung.
Kriterium: „erhaltungswürdige Häuser“, die für die Eigentümer Mehraufwendungen gegenüber einem Bau aus heutiger Zeit mit sich bringen (z.B. teurere Anstriche bei Fachwerkhäusern; Verzierungen, die einer Ausbesserung bedürfen).

B) Sanierungen

Obergrenze je Objekt = 25.600 EUR

Kriterium: vorbildliche Sanierung im Bestand nach historischen Befunden, aber auch für vorbildliche Umnutzungen sowie Freilegung von Fachwerkfassaden.

C) Neubauten im Sanierungsgebiet

Obergrenze je Objekt = 25.600 EUR

Fachliche Beurteilung der Förderungsfähigkeit durch die Bauverwaltung für Neubauten in exponierter Lage (besondere städtebauliche Situation).

Kriterium: vorbildliche Integration in den Gebäudebestand (Bauvolumen, Proportionen, Materialien).

D) Werbeanlagen

Obergrenze je Objekt = 5.200 EUR

Fachliche Beurteilung der Förderungsfähigkeit durch die Bauverwaltung für Werbeanlagen, die sich vorbildlich in das Stadtbild einfügen.

E) Sonstige Objekte

Obergrenze je Objekt = 5.200 EUR

Kriterium: Objekte, die stadt- oder dorfbildprägend sind und historische Zeitgeschichte repräsentieren (z.B. Skulpturen, Grenzsteine, Gedenksteine, Wallanlagen, historische Bepflanzungen).

Allgemeine Bestimmungen

1. Räumlicher Geltungsbereich der Richtlinie ist das Gebiet der Stadt Rinteln; für Punkt C das „förmlich festgelegte Sanierungsgebiet“.
2. Der Zuschuss für Maßnahmen zu den Punkten A, B und C beträgt jeweils bis zu 50 % der förderungsfähigen Kosten; die übrigen Maßnahmen werden mit bis zu 30 % der förderungsfähigen Kosten bezuschusst. Eine darüber hinausgehende Bezuschussung ist bei besonderen Objekten möglich.
3. Die Bezuschussung erfolgt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel; die Anträge werden in der Reihenfolge ihres Einganges bei der Stadt Rinteln berücksichtigt.
4. Voraussetzung für die Auszahlung des Zuschusses ist die Vorlage eines Verwendungsnachweises nach Fertigstellung der Arbeiten.
5. Die Prüfung des Verwendungsnachweises erfolgt durch die Bauverwaltung.
6. Eine rückwirkende Förderung (wenn der Antrag erst nach Abschluss der Arbeiten gestellt ist) ist nur in Ausnahmefällen möglich.
7. Der Verwaltungsausschuss ist vor jeder Zuweisung, die über 1.600 EUR im Einzelfall hinausgeht, zu unterrichten. Im übrigen erfolgt eine nachträgliche Information.

Die Richtlinie tritt am 01. 01. 2002 in Kraft.

Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 31.01.2001.